

Auszug aus dem Protokoll

Sitzungsdatum	Traktandum	Beschlussnummer	Geschäftsnummer	Ordnungsnummer
24.06.2020	11	0	753	00.06.04

Motion Beat Koch (GFL) und Mitunterzeichnende betreffend "Zollikofen wird elektromobil: mit einer öffentlichen Ladestation für E-Fahrzeuge und weiteren Massnahmen"; Erheblicherklärung

Ausgangslage

Am 26. Februar 2020 wurde folgende Motion eingereicht:

Erstunterzeichner/in: Beat Koch (GFL)

Mitunterzeichnende: André Tschanz (EVP), Peter Kofel (GFL), Bruno Vanoni (GFL), Mario Morger (glp), Andreas Buser (glp), Raymond Känel (BDP), Stefan Stock (FDP), Matthias Widmer (FDP), Karin Walker (EVP), Annette Tichy (parteilos/GFL)

"Antrag

Der Gemeinderat wird beauftragt, zur Förderung des Wechsels von fossilen Treibstoffen auf Elektromobilität folgende Massnahmen zu prüfen, in eigener Kompetenz umzusetzen bzw. - soweit erforderlich - dem Grossen Gemeinderat zu beantragen:

- 1. Die Gemeinde sorgt in Zusammenarbeit mit geeigneten Partnern für die Einrichtung mindestens einer öffentlichen (Schnell-)Ladestation für Elektro-Fahrzeuge im Siedlungsgebiet von Zollikofen und für deren Betrieb ausschliesslich mit Strom aus erneuerbaren Quellen (z. B. aus Anlagen der Solargenossenschaft Zollikofen).*
- 2. Die Gemeinde nutzt das anstehende Controlling der Richtpläne Verkehr und Energie zur Entwicklung einer Strategie, wie in Zollikofen das Umsteigen von fossil betriebenen Motorfahrzeugen auf Elektro-Fahrzeuge (oder auf Fahrzeuge mit anderen erneuerbaren Antriebsenergien) gefördert werden soll - zwecks Ergänzung der beiden Richtplan-Strategien «Verkehrsvermeidung» und «Verlagerung zum Fuss- und Veloverkehr».*
- 3. Die Gemeinde trägt der neuen Mobilitätsstrategie der Regionalkonferenz Bern-Mittelland Rechnung, indem sie deren Bekenntnis zur «mittel- bis langfristigen Dekarbonisierung des Verkehrs» berücksichtigt, insbesondere bei der Beschaffung eigener Fahrzeuge.*

Begründung

Im Politikplan der Gemeinde Zollikofen ist seit Herbst 2017 im Ideenspeicher das folgende Vorhaben angekündigt: «Ladestation(en) für Elektroautos. Privat Public Partnership; zum Beispiel mit der Solargenossenschaft». Der Grosse Gemeinderat (GGR) hat diese Idee mehrfach, letztmals am 25.9.2019 mit unterstützenden Bemerkungen, zur Kenntnis genommen. Am 16.10.2019 hat der GGR im Rahmen der Baureglementsänderung für das Bärenareal erstmals eine private Bauherrschaft verpflichtet, einen Teil der vorgeschriebenen Abstellplätze für Motorfahrzeuge mit Ladestationen für Elektro-Autos auszurüsten. Am 12.12.2019 hat die Regionalversammlung der Regionalkonferenz Bern-Mittelland mit Zustimmung der Vertretung Zollikofens eine neue Mobilitätsstrategie beschlossen. Darin heisst es:

«Um das formulierte Ziel der Klimaneutralität bis 2050 zu erreichen, braucht es eine Abkehr von fossilen Treibstoffen hin zu Antriebsformen, die auf erneuerbaren Primärenergien basieren (Dekarbonisierung). (. . .) Zur Dekarbonisierung des Verkehrs gilt es, die für diese Fahrzeuge benötigte Infrastruktur

(zum Beispiel Elektro-Ladestationen, Wasserstoff-Tankstellen) zu schaffen und sicherzustellen, dass die verwendete Primärenergie aus erneuerbaren Quellen stammt.»

Innert dreier Monate haben sich also Gemeindebehörden von Zollikofen drei Mal grundsätzlich positiv zur Idee von Ladestationen für E-Fahrzeuge bekannt. Ein Blick auf die Plattform www.ich-tanke-strom.ch des Bundesamts für Energie (BFE) zeigt jedoch, dass im Siedlungsgebiet von Zollikofen (im Unterschied zu jenem von Nachbargemeinden wie Münchenbuchsee, Bremgarten, Ittigen und Bern) noch keine öffentliche Ladestation zur Verfügung steht. Es ist deshalb an der Zeit, dass den schönen Worten zur Idee auch in Zollikofen, an möglichst zentraler Lage, klimaschonende Taten folgen. Die überparteiliche Klimagruppe des GGR hat den Anstoss zu diesem parlamentarischen Vorstoss gegeben.

Mit der Einrichtung von öffentlichen Ladestationen kann das Umsteigen auf Elektromobilität insbesondere von Personen gefördert werden, die in ihrer Wohnliegenschaft als Mieter selber keine Ladestation installieren können oder an ihrem Arbeitsort keine Ladestationen zur Verfügung haben. Besonders sinnvoll könnte die Einrichtung einer Schnell-Ladestation in der Nähe einer Örtlichkeit sein, wo viele Personen verkehren und eine Zeitlang auch verweilen. Nützlich wären aber auch gewöhnliche Ladestationen, zum Beispiel auf gemeindeeigenen oder öffentlich zugänglichen Parkplätzen. Prüfwert ist auch die Idee, einheimischen Solarstrom der Solargenossenschaft Zollikofen für eine Ladestation zu nutzen (beispielsweise auf einem Parkplatz der Gemeindeverwaltung oder einer Schulanlage in der Nähe einer Photovoltaik-Anlage der Solargenossenschaft).

So oder so empfiehlt es sich, das Vorhaben in Zusammenarbeit und Partnerschaft mit Dritten zu realisieren, die Knowhow und Erfahrung mit dem Betrieb von Elektrostationen haben. In Frage kommen beispielsweise Zollikofens Stromversorgerin BKW oder auch das städtische Unternehmen Energie Wasser Bern ewb, das in Zollikofen die Gas- und Fernwärmeversorgung betreibt und in der Stadt Bern bereits mehr als zwanzig (Schnell-)Ladestationen eingerichtet hat - dies in Zusammenarbeit mit der Firma MOVE, die Zugang zu einem schweizweiten Netz von Ladestationen bietet (u.a. auf der Autobahn-Raststätte Grauholz). Als Kooperationspartner kämen auch Swisscharge (mit Ladestation auf der Rütli) oder evpass (mit Ladestation beim Sportzentrum Hirzenfeld) in Frage. Und Knowhow für die rechtliche Umsetzung der Idee könnte zweifellos auch die Gemeinde Köniz liefern, wo aufgrund einer im Februar 2018 im Gemeindeparlament erheblich erklärten BDP-Motion in diesem Frühjahr zwei öffentliche Ladestationen in Betrieb genommen werden. Auch in der Gemeinde Muri b. Bern wird, aufgrund eines SVP-Vorstosses, an einer Public-Private-Partnership-Lösung für öffentliche Ladestationen gearbeitet.

Mit der Einrichtung von mindestens einer öffentlichen Ladestation im Siedlungsgebiet von Zollikofen wäre in Zollikofen (nur) ein erster, kurzfristig möglicher Schritt zur Förderung der Dekarbonisierung des Verkehrs getan. Welche weiteren Schritte mittel- und langfristig möglich, sinnvoll und nötig sind, sollte grundlegend geprüft und in einer entsprechenden Strategie festgelegt werden. Dies gilt umso mehr, als der Thematik Elektromobilität in den 2016 beschlossenen Richtplänen Verkehr und Energie noch praktisch keine Beachtung geschenkt worden ist.

Das vier Jahre nach dem Erlass der beiden Richtpläne anstehende Controlling (Erfolgskontrolle) bietet eine gute Gelegenheit zur Entwicklung einer solchen Strategie samt konkreten Vorschlägen für weitere Massnahmen zur Umsetzung. Bereits jetzt ist offensichtlich, dass die Gemeinde Zollikofen selber einen konkreten Beitrag zur Dekarbonisierung des Verkehrs im Sinne der regionalen Mobilitätsstrategie 2040 leisten kann, wenn sie bei eigenen Fahrzeugbeschaffungen mit dem guten Beispiel vorangeht und künftig auf Elektromobilität oder allenfalls andere nicht-fossile Antriebsformen (z.B. Wasserstoff) setzt."

Antwort

Formelles

Bei der vorliegenden Motion handelt es sich um eine sogenannte Richtlinienmotion im abschliessenden Zuständigkeitsbereich des Gemeinderats gemäss Art. 49 Abs. 2 der Gemeindeverfassung und Art. 35 Abs. 2 und 3 der Geschäftsordnung des Grossen Gemeinderats. Der Gemeinderat hat bei Richtlinienmotionen einen recht grossen Spielraum in der Umsetzung. Entscheid und Verantwortung bleiben beim Gemeinderat.

Antrag 1, Ladestation

Der Gemeinderat ist bereit, aktiv auf mögliche Partner zuzugehen und z. B. geeignete gemeindeeigene Parkplätze einem Betreiber von Elektroladestationen im Rahmen einer Sondernutzungskonzession zur Verfügung zu stellen. Dies aber ohne substanzielle finanzielle Beteiligung, resp. Subventionierung.

Antrag 2, Controlling Richtpläne

Mit dem Controlling der Richtpläne wird die Umsetzung der Massnahmen überprüft. Wie der Motionär richtigerweise ausführt, ist das Thema Elektromobilität kaum Gegenstand der Richtpläne Verkehr und Energie. Neue Massnahmen bedürfen einer Änderung der Richtpläne (ordentliches Planerlassverfahren) und können nicht im Rahmen des Controllings definiert werden.

Antrag 3, Mobilitätsstrategie

Der Gemeinderat unterstützt grundsätzlich die Mobilitätsstrategie der Regionalkonferenz Bern-Mittelland. Er hat in seiner Mitwirkungseingabe aber auch klar zum Ausdruck gebracht was er unter Förderung versteht: " Wir verstehen die geplante aktive Rolle (Förderung) der Regionalkonferenz und ihrer Gemeinden im Bereich der Raum- und Verkehrsplanung, Koordination und Information. Eine finanzielle Förderung oder Engagements ausserhalb der Aufgabenbereiche der Gemeinden lehnen wir ab."

Bei der Beschaffung von gemeindeeigenen Fahrzeugen werden jeweils verschiedene Antriebsarten geprüft. Es gilt zu berücksichtigen, dass es sich bei diesen Fahrzeugen fast ausschliesslich um Spezialgeräte für den Werkdienst handelt. Bei der Beurteilung ist die Antriebsart und dessen Umweltbelastung ein Kriterium unter verschiedenen. Die für die Beschaffung zuständige Stelle muss jeweils die Gewichtung der Kriterien festlegen und bewerten.

Antrag Gemeinderat

Die Motion Beat Koch (GFL) und Mitunterzeichnende betreffend "Zollikofen wird elektromobil: mit einer öffentlichen Ladestation für E-Fahrzeuge und weiteren Massnahmen" wird nicht erheblich erklärt.

Beratung

Beat Koch (GFL): Ich vertrete die Motion "Zollikofen wird elektromobil: mit einer öffentlichen Ladestation für E-Fahrzeuge und weiteren Massnahmen" im Namen der überparteilichen Klimagruppe von Zollikofen.

Wie bei den bisherigen Vorstössen der Klimagruppe geht es auch hier darum, den CO₂-Ausstoss in der Gemeinde zu verringern und so einen kleinen Beitrag zur Verhinderung der Klimaerhitzung zu leisten. Aufgrund der insgesamt ablehnenden Antwort des Gemeinderats beantrage ich, über die drei Anträge der Motion separat abzustimmen. **Zudem beantrage ich, den Antrag 3 in ein Postulat umzuwandeln.**

Zum Antrag 1: Der Gemeinderat ist bereit, aktiv auf mögliche Partner zuzugehen und geeignete gemeindeeigene Parkplätze für die Installation von Ladestationen für Elektro-Fahrzeuge zur Verfügung zu stellen. Damit wäre die Forderung des Antrags 1 bereits erfüllt; von finanzieller Beteiligung steht in der Motion nichts, weder explizit noch implizit. Deshalb bitte ich euch, diesen Antrag als erheblich zu erklären.

Zum Antrag 2: Der Gemeinderat soll eine Strategie entwickeln, wie das Umsteigen von fossil betriebenen Motorfahrzeugen auf Elektrofahrzeuge gefördert werden kann. Der Gemeinderat lehnt dies mit der Begründung ab, dass im Rahmen des Controllings der Richtpläne Verkehr und Energie keine neuen Massnahmen definiert werden können. Diese Begründung ist falsch, denn im Erläuterungsbericht zum Richtplan Energie steht als allerletzter Satz: „Weil die Zielsetzungen nicht erreicht werden können, soll die Erfolgskontrolle (M16) sicherstellen, dass laufend neue Massnahmen geprüft werden, um dem gesteckten Ziel näher zu kommen.“

Die in der Motion verlangte Entwicklung einer Strategie ist genau das: Das Prüfen von Massnahmen, um dem gesteckten Ziel näher zu kommen. Weder verlangen wir eine Änderung der Richtpläne noch sagen wir, dass diese Strategieentwicklung im Rahmen des Controllings durchzuführen ist. Soviel zur

formalen Begründung, weshalb ich euch auch hier bitte, den Antrag als erheblich zu erklären. Das Hauptargument ist aber die sachliche Notwendigkeit: Im Erläuterungsbericht zum Richtplan Energie steht ebenfalls auf der letzten Seite, dass die Ziele des Kantons bezüglich Wärmegegewinnung aus erneuerbaren, nicht-fossilen Energiequellen mit den im Richtplan Energie definierten Massnahmen bei weitem nicht erreicht werden können. Inzwischen sind diese Ziele auf Kantonsebene weiter verschärft worden, wodurch die Differenz zwischen Soll und Ist noch grösser wird. Zudem hat die Forschung in den vier Jahren seit Erstellung des Berichts gezeigt, dass Handeln im Bereich CO₂-Ausstoss sehr viel dringender angezeigt ist als früher angenommen. Der Verkehr verursacht ein Drittel aller Treibhausgas-Emissionen und es ist aus meiner Sicht erstaunlich, dass dieses Thema im Richtplan Energie bisher überhaupt nicht berücksichtigt worden ist. Das Verbesserungspotential durch Elektromobilität ist beträchtlich, deshalb bitte ich euch, dem Antrag zur Erarbeitung einer Strategie für die Förderung der Elektromobilität zuzustimmen.

Kurz noch zum Antrag 3: Wir verstehen, dass bei der Beschaffung von Spezialfahrzeugen für die Gemeinde nicht immer elektrisch angetriebene Varianten zur Verfügung stehen und wir anerkennen, dass die Prüfung dieses Punkts bereits Teil des Kriterienkatalogs ist. Mit der Umwandlung dieses Punkts in ein Postulat und dessen Annahme möchten wir aber ein Zeichen dafür setzen, dass wir die Kriterien Antriebsart und Umweltbelastung eher hoch gewichten. Deshalb bitten wir euch, dem Antrag in Form eines Postulats zuzustimmen.

Vizegemeindepräsidentin Mirjam Veglio (SP): Ich möchte zu Punkt 1 des Vorstosses etwas sagen. Dort kann man natürlich "aktive inhaltliche Zusammenarbeit" interpretieren. Daraus haben wir geschlossen, das kann inhaltlicher, aber auch finanzieller Natur sein. Aber wie gesagt, wir sind bereit, in Sachen Elektroladestationen für die Öffentlichkeit auf entsprechende Betreiber zuzugehen. Punkt 2 ist für den Gemeinderat in dem Sinn problematisch, weil es sich doch direkt auf die Richtpläne bezieht und nach uns kann man sich durchaus in gewissen Bereichen weiterentwickeln, aber das Controlling ist nicht gemacht, um weitere Strategien einfließen zu lassen.

GPK-Sprecher René Ritter (SVP): Die Ausgangslage hat sich etwas geändert bezüglich der Anträge, ich gehe auf den Antrag 1 ein. Zollikofen hat erfolgreich obligatorische Aufgaben ausgelagert. Z. B. die Kehrrecht-Entsorgung und die Sammelstelle. Die Bevölkerung erteilt diesen Dienstleistungen gute Noten. Es passt deshalb nicht, nun freiwillige Aufgaben wieder zur Gemeindesache zu machen. Wie der Gemeinderat finden wir es aber richtig, entsprechende private Initiativen ohne finanzielle Belastung der Gemeindefinanzen zu fördern. Vor Jahren hat ein ähnlicher Vorstoss eine Gastankstelle verlangt. Dies wurde von diesem Rat aus den gleichen Gründen abgelehnt. Die Station in Ittigen existiert übrigens mittlerweile nicht mehr, da die Parzelle verkauft worden ist. Ein Ersatz hat sich offenbar nicht aufgedrängt. Im Übrigen folgen wir dem Antrag des Gemeinderats.

Michael Fust (SP): Der Verkehr, wir haben es vorhin schon gehört, verursacht heute rund 1/3 der Treibhausgasemissionen in der Schweiz. In den Bereichen Industrie und Gebäude sind die Emissionen zum Teil stark gesunken in den letzten zehn Jahren. Diesen Trend kann man im Verkehr leider nicht feststellen. Um dem entgegenzuhalten ist der Ausstieg von Verbrennungsmotoren auf Elektroautos ein richtiger Teil der Lösung. Auch Zollikofen kann Teil der Lösung sein, indem wir nämlich dort ansetzen und helfen, wo es noch happert, beim Netz der öffentlichen Ladestationen. Vielleicht, als Anregung, könnte man das auch in Kombination mit einem Car-Sharing machen, wie das z. B. in Münsingen der Fall ist. Unsere Gemeinde kann da mit einer bescheidenen Massnahme dazu beitragen, dass es für die Einwohnerinnen und Einwohner von Zollikofen, aber auch für die Arbeitspendler attraktiver wird, künftig vermehrt auf Elektromobilität zu setzen. Und auch die Gemeinde selber kann dazu einen Akzent setzen, indem sie bei der Beschaffung von gemeindeeigenen Fahrzeugen verstärkt auf solche mit emissionsfreien Antrieben setzt. Die SP-Fraktion unterstützt die Motion und die Umwandlung in ein Postulat.

Andreas Buser (glp): Auch wir von der glp gehören, wie Mitglieder von fast allen Parteien hier drinnen, zu den Mitunterzeichnern dieser Motion. Im Sinne der Antwort des Gemeinderats auf Antrag 1, also, dass die Gemeinde die Ladestation nicht subventionieren soll, werden wir bei dem Punkt für die Erheblicherklärung stimmen. Das trifft auch für die Anträge 2 und 3 zu, bei welchen ich mich auf die Argumente des Motionärs stütze.

Marco Bucheli (SVP): Die SVP-Fraktion bekennt sich ganz klar nicht dazu. Ich wüsste nicht, wieso wir E-Betankung fördern sollten. Auch Elektromobile verursachen Verkehr und, den Verkehr möchten wir ja auch nicht fördern. Meines Wissens hat Zollikofen eine Anlagestation auf der Rütli, aber ganz sicher beim Hirzi. Ich habe zwar noch nie ein Auto dort gesehen. Wir sind ganz klar dagegen.

GGR-Präsident Samuel Tschumi (SVP): Wir kommen zur Abstimmung. Wir stimmen punktweise ab, wie das gewünscht worden ist.

Beschluss

Punktweise Beschlussfassung:

- Antrag 1 "Ladestation" wird erheblich erklärt (19 Ja, 18 Nein).
- Der in ein Postulat gewandelte Antrag 2 "Controlling Richtpläne" wird erheblich erklärt (18 Ja, 17 Nein).
- Antrag 3 "Mobilitätsstrategie wird erheblich erklärt (19 Ja, 17 Nein).